

Mein Beitrag zur sozialen und psychischen ›Befindlichkeit‹ von Polizisten im gesellschaftlichen Umbruch ist explizit *subjektiv*. Das schließt einigermmaßen sorgfältige Beobachtung durchaus nicht aus, vermeidet aber von vornherein den Anspruch zu erheben, eine umfassende empirische Analyse der Polizei in den NBL zu versuchen. Die Überlegungen sind Ergebnis einer teilnehmenden Beobachtung bei einer Schutzpolizei-Dienststelle in Thüringen im Jahr 1990, die ergänzt werden durch Eindrücke, die ich als Soziologe an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern, am Fachbereich Polizei gesammelt habe. Ich werde nicht mit »repräsentativen« Daten jonglieren und verfüge derzeit auch nicht über diejenige Distanz, die der ethnographisch arbeitende Sozialforscher nach dem Aufenthalt im Forschungsfeld bekommen sollte, ich schreibe um Abstand zu gewinnen.

»Die meisten Polizisten haben eine ausgesprochene Verlierer-Mentalität«

Auf der Suche nach Beschreibungsmöglichkeiten für die Situation von Polizisten in den NBL bin ich immer wieder darauf gestoßen, daß sich Unsicherheit, Angst, aber auch Erfahrungen eines autoritären Lebensstils sowie Erfahrungen im Dienst eines autoritären Systems, tief in die Persönlichkeit der Menschen eingegraben haben.

Die umfassende Verunsicherung (privat und beruflich) ist Folge der »Vertreibung aus dem sozialistischen Versorgungs-Paradies«, in dem (unter dem Preis nahezu vollständiger Entmündigung) niemand seine Lebensplanung selbst übernehmen *mußte*.

Die nachhaltige emotionale ›Verhärtung‹ resultiert aus der permanenten Angst, etwas ›falsch‹ oder etwas ›Auffälliges‹ machen zu können bzw. in irgendeiner Form angreifbar zu werden.

Die ›Verlierer-Mentalität‹, die sonst nur im Anschluß an kriegerische Ereignisse festzustellen ist, weist auf den Grad an Internationalisierung ›sozialistischer Werte‹ (zumindest der dort verwendeten Sprache) bzw. den Grad der Fremdheit gegenüber dem neuen Gesellschaftstypus hin.

Ich denke, wir werden anzuerkennen haben, daß die heutigen Beamten der Landespolizeien der NBL eben nicht zur »oppositionellen Avantgarde« der DDR gehört haben. Die Mehrzahl der Bediensteten der Volkspolizei waren ideologisch mindestens Mitläufer, sozio-ökonomisch Benefiziarer und statustheoretisch Privilegierte der DDR (dem widerspricht übrigens nicht der Umstand, daß es über die Volkspolizisten in der DDR sehr üble Witze gab).

Für die meisten kann gelten, daß sie sich früher sicher nicht in der so oft beschworenen »inneren Emigration« befanden, mindestens einige befinden sich allerdings heute meiner Einschätzung nach sehr wohl in ihr.

Immer wieder erlebe ich in den Diskussionen mit Studierenden, daß als Folge solcher Unsicherheitserfahrungen, dichotome Lösungen angeboten werden, deren autoritärer Rückbezug besonders evident ist.

»Den Polizisten der NBL fällt es noch viel schwerer als ihren ›westlichen‹ Kollegen, sich daran zu gewöhnen, daß eine Gesellschaft mit Kriminalität leben muß (und kann)«

Leitvorstellungen für die polizeiliche Perzeption von Wirklichkeit sind bestimmte Formen und ein bestimmtes Ausmaß von Devianz. Dabei neigen viele Polizisten dazu, die sie umgebende ›Makro-Kriminalität‹ eher zu übersehen und sich vielmehr ganz dezisionistisch auf das zu beschränken, was amtlich als Kriminalität zu gelten hat. Überhaupt scheint es den Polizisten durch Reduktion der polizeilichen Aufgaben auf

Wenn wir gewonnen hätten, würden Sie jetzt auf meinen Platz sitzen und ich würde Ihnen was erzählen ...¹ Ich hoffe, daß dieser – leider sehr authentische – Satz nur für eine Minderheit der Bevölkerung der Neuen Bundesländer (NBL) gilt, bin mittlerweile aber auch relativ sicher (weil ich's schon so oft gehört habe), daß es nicht die Minderheit *innerhalb* der Polizei ist, die so denkt: die Folgen der Fusion (Entschuldigung: der Wieder-Vereinigung) wird von vielen Polizisten bearbeitet mit Ausdrücken aus der Kriegssprache, in der es Kampf und Niederlage, Sieger und Verlierer, Besetzer und Besetzte gibt (dem entspricht im übrigen ein unreflektiertes »Sieger-Muster« westlichen Kolonialstil-Denkens, das von den Menschen in den NBL besonders schmerzlich empfunden wird).

Wenn wir gewonnen hätten ...

Ein Situationsbericht zur Polizei in den Neuen Bundesländern, zwei Jahre nach der „Wende“.

Von Rafael Behr

rein funktionale Elemente des Hoheitshandelns und der Herrschaftssicherung möglich zu sein, heute noch den gleichen Beruf auszuüben, den sie unter völlig anderen Vorzeichen begonnen hatten. Nur in diesem Verständnis können die »Hüter der alten Ordnung« auch die »Hüter der neuen Ordnung« sein.

Das Berufsverständnis war offensichtlich stark von dem Bestreben geprägt, die als Kriminalität definierte Abweichung tendenziell zu eliminieren. Folgt man diesem Verständnis, dann haben DDR-Polizisten in der Tat Grund gehabt, von einer erfolgreichen Tätigkeit zu sprechen. Der Kontrolldruck war in einigen Bereichen sicher so hoch, daß das Niedrighalten von Kriminalitätsraten in bestimmtem Ausmaß auch gelang (natürlich gilt das nur für einen relativ kleinen Komplex von Abweichung, so z.B. Straftaten gegen das Leben oder die körperliche Integrität, bestimmte (nicht alle!) Formen von Eigentumskriminalität sowie für eine Vielzahl von sozialen, insbesondere politischen »Ausbruchversuchen« – im übrigen waren die DDR-Kriminalstatistiken *noch* verschleierter und noch stärker interessengeleitet als die der BRD). Ich diskutiere nicht, um welchen »Preis« das geschah, sondern skizziere lediglich Darstellungen von Polizisten.

Bekanntgewordene Straftaten wurden mit einem enorm hohen Personal-, Material- und Zeitschriftenaufwand ermittelt (man hatte offensichtlich genügend Ressourcen); hinzu kamen relativ große Machtbefugnisse der Polizei.

Dagegen macht sich heute Resignation und Verbitterung bei der Polizei breit. Die Sachbearbeiter »ersticken in Vorgängen«, Kriminalität wird nach ihrer Ansicht nur noch »verwaltet«, die Polizeiarbeit ist für viele im Vergleich zu früher unattraktiv geworden.

Ein Kriminalbeamter faßt die Stimmung so zusammen: »Wenn wir früher jemanden festgenommen hatten und wir ihm beispielsweise mehrere Einbrüche nachweisen konnten, dann war der erstmal weg vom Fenster. Der ist eingesperrt worden und wir hatten eine ganze Zeit lang Ruhe. Wenn wir heute den selben Täter festnehmen, dann läuft der morgen wieder frei herum. Wo ist da noch der Sinn unserer Arbeit?«

In der Tat: wer seinen Beruf in erster Linie definiert hat durch die Anzahl der Jahre, die er Leute »wegsperrt« kann, für den brechen heutzutage einige Erfolgserlebnisse weg.

Die subjektiv so wahrgenommene »Kapitulation der Polizei vor dem Verbrechen« macht den Polizisten noch wegen eines zusätzlichen Phänomens zu schaffen: das relativ geringe Ansehen der Volkspolizei in der Bevölkerung (die Kriminalpolizei wurde noch etwas besser bewertet) konnte früher kompensiert werden durch formale *Macht* und damit verbundene »Erfolge«. Heute ist das Ansehen in der Öffentlichkeit noch nicht viel besser, es fehlen aber eine ganze Reihe von Machtbefugnissen.

»Der Übergang von einer ›Pro-Forma-Gesellschaft‹ in eine ›Gesellschaft mit subtilem Zugriff‹ ist mit erheblichen psychischen und sozialen Konflikten verbunden«

Um die Unterschiede (und die daraus folgenden Spannungen) zu benennen, die zwischen den Sozialisationsbedingungen der DDR-Gesellschaft und solchen der BRD liegen, will ich in aller Kürze zwei DDR-Autoren zu Wort kommen lassen, die in unterschiedlichen Zugängen nach Merkmalen einer DDR-spezifischen Identität gesucht haben.

Der Anspruch einer solchen Identität wurde nach Auffassung von Wolfgang Bialas u.a. begründet mit

- dem biographisch glaubwürdigen Antifaschismus der politischen Führung, der als staatsoffizielle Ideologie auf das ganze Volk ausgedehnt werden sollte,
- dem Hegemonialanspruch der SED, die alle gesellschaftlichen Bereiche des Staatsvolkes erfassen sollte, das nach Einschätzung der SED ein sozial homogenes war, sowie
- »der emotionalen Besetzung gesellschaftlicher Strukturen, Institutionen und Beziehungen, bei der Begriffe wie *Liebe* (zum sozialistischen Vaterland), *Treue* (zur Partei), *Dankbarkeit* (gegenüber der politischen Führung) und *Haß* (auf den Klassegegner) Verwendung fanden.«

Es wurde immer wieder nachzuweisen versucht, daß es eine solche DDR-spezifische Identität gebe, u.a. auch mit dem »begründeten Gefühl sozialer Geborgenheit und Sicherheit«.²

Die Psychotherapeutin Irene Misselwitz setzt sich aus historisch-gesellschaftspolitischer Perspektive mit Fragen einer individuellen und kollektiven Identität auseinander.

Der »neue Mensch« der DDR sollte sich mit dem Arbeiter- und Bauernstaat identifizieren und alles Individualistische abstreifen. Ideologie ersetzte eine gesellschaftliche Auseinandersetzung und verhinderte die nüchterne Diskussion der Realität. »Die ständige innere Rebellion gegen diese Lügen, die im Herbst '89 zu offenen Rebellionen wurde, ist ein weiteres Charakteristikum der DDR-Identität«³. Konstitutiv für das individuelle und gesellschaftliche Leben in der DDR war eine »öffentliche« und die »private« Einstellung und Sprache, wobei beide in scharfem Gegensatz zueinander standen. »... wir sprachen zu Hause so und fast automatisch in der Öffentlichkeit ganz anders. Doppelzüngigkeit und Selbstkontrolle, was wann, wo, wie gesagt werden konnte, lernten wir von klein auf.«⁴ Dieses Doppelleben wurde von vielen als unwürdig erlebt und nur mit großen Schuld- und Wutgefühlen ausgehalten.

Die schmerzhafteste Erkenntnis, »einen unwiederbringlichen Lebensabschnitt nicht optimal gelebt zu haben«⁵, wurde in vielfältiger Weise verdrängt und wird auch heute noch selten zuge-

lassen. Die Autorin spricht von einer hilflosen Infantilität der DDR-Bevölkerung: »Vater Staat und Mutter Partei beherrschten und bestimmten alles: Was gut und was böse, was richtig und falsch war, was zu tun und was zu lassen war, was gedacht, gefühlt und gewünscht werden durfte und was nicht, wer Freund und wer Feind war, was normal und unnormal, was erlaubt und was nicht erlaubt war ... Eigenes Denken, Selbstbestimmung und Auflehnung wurden bestraft.«⁶

Ich bezeichne die DDR, insbesondere wegen der von Misselwitz beschriebenen »staatlichen Entmündigungspraxis«, spätestens seit der Ära Honecker (also seit den 70er Jahren) für eine »Pro-Forma-Gesellschaft«: immer und von jedem wurde so getan, als ob, aber keiner der Beteiligten stand wirklich hinter dem, was er getan hat und tat es deshalb auch nicht wirklich.

Unter funktionalen Gesichtspunkten ist der Aspekt der *Anpassung* an bestehende Anforder-



Die Polizisten in den NBL haben in der Regel ein ziemlich explizit »statistisches« Verständnis von ihren Aufgaben: an erster Stelle steht die Durchsetzung aller staatlichen Interessensansprüche, dann erst der Interessenschutz der Individuen.



▼

Ein zentrales Problem bei der polizeilichen Regelung sozialer Konflikte scheint zu sein, daß die Polizisten zu wenig Möglichkeiten informeller, kommunikativer, integrativer oder sonst in irgendeiner Weise dem Recht »vorgelagerter« verfahrensweisen kennen.

▲

rungen besonders zu betonen. In dieser Sicht haben die Menschen in der DDR sehr erfolgreiche Adaptionenleistungen hinter sich, die plötzlich – und das ist das subjektiv Tragische – nicht nur nichts mehr gelten, sondern oft inkriminiert sind oder einfach nur »belächelt« werden (das macht, wie wir alle aus eigener Erfahrung wissen, besonders zornig).

»Die Wende nach der Wende ist nicht nur Besinnung auf frühere Werte, sondern auch Hinweis auf Grenzen kollektiven Lernens«

Wende nach der Wende heißt für viele Menschen in den NBL Rückbesinnung auf früher geltende Werte und die bewußte Bearbeitung der eigenen Vergangenheit. Damit verbunden ist das Wahrnehmen und Anerkennen der eigenen Verletzungen, aber auch der mit dem »Heilungsprozeß« verbundenen Schmerzen. Sie werden zu Wut, wenn sich andere (in der Regel »die Beserwessis«) über die Vergangenheit »lustig« ma-

chen oder in falsch verstandenem Mitleid (»jetzt ist ja zum Glück alles vorbei ...«) die Vergangenheit, die ja immerhin auch identitätsstiftend war, verleugnen oder abschneiden wollen.

Wende nach der Wende ist das Entstehen eines neuen Selbstbewußtseins, ist wachsendes Mißtrauen gegen »Westimporte« (ob in Waren- oder Personenform); es ist auch wachsende Ablehnung gegen die Regulierungsinstrumente eines Gesellschaftstyps, der so viele »hinterlistige« und undurchschaubare Regulierungsmechanismen hat, daß man sich sehr schnell ziemlich ohnmächtig und partizipationsunfähig fühlt (»wir hatten es doch früher auch ganz gut ...«). Als Folge solcher Ohnmachtserfahrung schärft sich der Blick für die »Kehrseiten«: Arbeitslosigkeit, Wegfall staatlicher »Bekümmerung«, offen gezeigte soziale Ungleichheit, der umfassende »Warencharakter« sozialer Beziehungen in einer Konkurrenz- und »Ellenbogengesellschaft«. Diese Kehrseiten stehen derzeit im Vordergrund der Auseinandersetzung um Für und Wider des Lebens in einer kapitalistischen Gesellschaft. Solche Diskussionen spiegeln in besonderer Weise wieder, wie sehr es den Menschen an adäquaten Adaptionenmustern fehlt, die ein solches Leben erst erträglich machen bzw. auch leidlich befriedigend erscheinen lassen.

Wenn viele Leute in den Alt-Bundesländern (ABL) etwas lässiger über Chancen und Risiken von individuellen Lebensentwürfen reden können, dann deshalb, weil sie *Kontinuität* im Umgang mit Elementen gesellschaftlicher Modernisierung haben. In den NBL nehmen viele Menschen Individuation erst einmal als furchterregende Aufforderung zu reinem Egoismus wahr (gleichwohl fällt auf, daß die oft gerühmte frühere »Solidarität« in vielen Fällen ebenfalls »Warenform« hatte: sie folgte dem Gesetz strikter Reziprozität einer »Warentauschgesellschaft«, in der das, was offiziell nicht zu haben war, eben unter der Hand »besorgt« wurde – aber eben immer auf Gegenseitigkeit. Diese Mechanismen waren aber allen bekannt und gehörten zu den systemspezifischen Bestandteilen der DDR-Gesellschaft).

Letztlich zeigt sich: was für die einen Chance zum eigenen Lebensentwurf, ist für die anderen Bedrohung früherer Sicherheiten.

Ich denke nicht, daß die Perspektive der Polizisten ohne weiteres auf andere Gruppen in der Bevölkerung zu übertragen ist. Sie entspricht aber der Sichtweise einer bestimmten Gruppe von Menschen, denen gemeinsam ist, daß sie Gestaltungschancen *nicht wahrnehmen* können, weil sie so etwas nie erfahren haben. Man wird ohne Gewissensbisse die meisten Polizisten ziemlich eindeutig als stark autoritätsorientierte Menschen bezeichnen können. Für sie ist konstitutiv – und hier bin ich unwillkürlich nahe an der F-Skala des Instituts für Sozialforschung: Härte (emotionale Verhärtung), Eindeutigkeit (Kompromißlosigkeit), äußerst geringe Ambiguitätstoleranz, die scharfe Polemik in der Ar-

gumentation, die Zuspitzung von Problemen auf einen Gesichtspunkt, die Polarisierung überhaupt. Es ist das Zusammenspiel von Angst, Unsicherheit und rigiden Denkstrukturen, das Dichotomisieren, das Schwarz-Weiß-Malen, das Freund-Feind-Denken, das ausschließliche Entweder-Oder, das Gut-Böse-Schema.

Ein Polizei-Student sagte mir vor kurzem: »Wissen Sie, uns ändern Sie nicht mehr in diesem Studium. Wir hören uns das zwar an, aber ansonsten werden wir weitermachen, wie bisher. Vielleicht können Sie was bei den nächsten Jahrgängen ausrichten.« Auf meine Nachfrage bemerkte der junge Mann noch, er wisse schon, wie er von Verdächtigen Geständnisse bekomme, darin sei die Kriminalpolizei der DDR sehr erfolgreich gewesen und er sehe nicht ein, daß er diese Techniken jetzt aufgeben solle. Das Argument, daß das Grundgesetz Abwehrrechte des Bürgers garantiere, fegte er mit der Bemerkung weg: »Glauben Sie mir, Ich weiß, wie ich mich zu verhalten habe, um nicht aufzulaufen.«

Diese Haltung ist bezeichnend für die radikale Verunsicherung und Orientierungslosigkeit. Es wurde in diesem Satz eigentlich nur besonders drastisch gesagt, daß Gewohntes, Vergangenes höher geschätzt wird, als Neues, Unbekanntes (meine persönliche Betroffenheit lasse ich hier bewußt weg).

Ich habe den Eindruck, daß die jungen Leute wenig flexibel sind, wenn es darum geht, auf neue Situationen mit neuen Handlungsmustern zu reagieren. Es ist ihnen nur schwer zu vermitteln, daß lebenslanges Lernen Chance und Voraussetzung für psychische und soziale Mobilität sowie intellektuelles Wachstum ist. »Warum sollen wir mobil sein?« fragte mich ein Polizist, »wir wollen wissen, wo wir hingehören, sonst nichts.«

Viele Polizisten haben Schwierigkeiten im Umgang mit Komplexität und Ambiguität. Sie projizieren dabei ihren ganzen Unmut auf ihre Umgebung. Sie klagen ihren Wunsch nach stabilen Rahmenbedingungen und Eindeutigkeit ein und wollen immer wieder »wissen, woran sie sind«, und zwar detailliert.

»Ausbildung kann allenfalls »Schlimmeres verhindern«, nicht aber Optimales erreichen«

Bislang besteht die (durchaus nicht befriedigende) Zielstellung unserer Ausbildung von Polizisten an der FHÖV in dem Versuch, sie davon zu überzeugen, daß sie ihren Beruf nicht mehr so ausüben können, wie sie ihn früher gewohnt waren. Sie werden heute von (in der Regel aus dem Westen »importierten«) Rechts- und Staatsanwälten oder Richtern in ihrem Handeln sehr viel stärker überprüft, als das früher geschehen ist, insbesondere im Hinblick auf mögliche Verletzung von individuellen Abwehrrechten. Polizeiliches Handeln in der DDR war in der Regel

orientiert am Funktionieren des Kollektivs, konkret auf das uneingeschränkte Durchsetzen des staatlich-parteilichen Gewaltmonopols.

Dagegen bestehen heute Idealvorstellungen von der Polizei als *Integrationsinstanz* von staatlichem Gewaltanspruch und individuellen Entfaltungs- und Abwehrrechten (ich weiß selbst, wie weit wir von dieser Utopie entfernt sind, aber in einigen Bereichen bewegt sich immerhin etwas).

Während für Volkspolizisten der Gegensatz von ›Staat‹ und ›Bürger‹ ein antagonistischer war, sollen sie heute das Gewaltmonopol des Staates in einen Dialog bringen mit Interessen, Rechten und Forderungen der ›Bürger‹. *Zwischen diesen Ansprüchen liegen* (nicht nur ideologische) *Welten*.

Wir können im Moment lediglich mit neuen Rahmenbedingungen (Überprüfung, Kontrolle der Polizei-Arbeit) »drohen«, ich bin aber skeptisch, ob es gelingen wird, die Studenten innerlich dazu zu bewegen, ihr Verständnis von einer »Staats-Schutz-Polizei« zu transformieren zum Verständnis einer »Bürger-Schutz-Polizei« (insofern sind es die gleichen Probleme wie in den ABL auch, nur sind wir noch weiter weg!).

Die Polizisten in den NBL haben in der Regel ein ziemlich explizit »statistisches« Verständnis von ihren Aufgaben: an erster Stelle steht die Durchsetzung aller staatlichen Interessensansprüche, dann erst der Interessenschutz der Individuen. Aus diesem Verständnis heraus lassen sich Umgangsformen der Beamten mit der Bevölkerung erklären. Es geht um eine bestimmte Form des Konfliktverhaltens, die sich aus dem o.g. Verständnis von Polizei ableitet und das ich als den Gegensatz von *Polarisierung versus Integration* bezeichne. Mit diesem Terminus schließe ich mich Ute Volmberg⁷ an; sie beschreibt m.E. treffend das Gegensatzpaar, insbesondere wenn es gilt, das Erleben und die Vorstellungen der Polizisten von Konfliktregelung den ›Wünschen‹ der Gesellschaft oder einiger Betroffener von einer gelungenen Form des Umgangs mit Konflikten gegenüberzustellen.

Mit Integration wird »ein dynamisches Gleichgewicht beschrieben, in dem Gegensätze harmonisch aufeinander bezogen sind und die Pole einer gemeinsamen Ganzheit bilden. Polarisierung meint eine Verhaltenstendenz, einen Pol an die Stelle der Ganzheit zu setzen.«⁸ *Integration* setzt die Anerkennung der Existenzberechtigung eines anderen Menschen oder einer anderen Meinung, Haltung, Einstellung voraus. Integratives Verhalten will dieses andere nicht vernichten oder verleugnen, sondern mit ihm in Verbindung treten, eine Verbindung, die nicht mit Einverleiben oder Anpassen gleichgesetzt werden darf. Akzeptiert wird in umfassender Weise die Identität des anderen. Die Begegnung kann zu wechselseitiger Veränderung führen, was voraussetzt, daß prinzipiell an eine Veränderung der *eigenen* Position, Haltung, Einstellung, Handlungsabsicht etc. gedacht werden kann!

Das setzt Reflexionsbereitschaft und -vermögen voraus sowie die Fähigkeit, sich zu korrigieren. Ziel dieser Haltung ist nicht Verdrängung von Spannungen und Gegensätzen, sondern deren Nutzung als ›Wachstumsimpulse‹. *Polarisierung* ist dagegen auf die Verschärfung von Gegensätzen ausgerichtet. Es funktioniert nach dem Entweder-oder-Prinzip und läßt eine Koexistenz von Gegensätzen nicht zu (so entstehen u.a. auch Verdrängungen und Projektionen eigener Wünsche auf andere). Der oder das andere wird als totale Infragestellung der eigenen Existenzberechtigung bewertet und entsprechend radikal bekämpft. Konflikte lösen sich unter diesen Bedingungen tendenziell erst durch den Zwang zum Rückzug, zur Aufgabe, zum ›Abtreten von der Bühne‹. Deshalb kann vom Ansatz her kein konstruktives Element im Konflikt oder in einer Spannung erkannt werden, sie müssen abgeschafft oder vermieden werden.

Ich habe die Polizisten bislang fast ausschließlich im Trend der polarisierenden Haltung erlebt: sie waren in der Regel davon überzeugt, daß Konflikte von ihnen eindeutig und abschließend gelöst werden müssen. Die Vorstellung davon, daß die Polizei immer als ›Sieger‹ aus einem Konflikt hervorzugehen habe, hat offensichtlich den politischen Wechsel schadlos überstanden. Die ideologische Rückbindung der VP der DDR lag in der »Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit«, wobei unterstellt wurde, daß »alle Befehle dem Gesetz entsprachen Befehle mußten ›abstrichlos‹ – oder noch schlimmer ›bedingungslos‹ ausgeführt werden.«⁹

Tendenziell sind solche Vorstellungen nicht aus dem Bewußtsein der Polizisten ausgelöscht. Heute äußern sie sich am auffälligsten in Form einer buchstabengetreuen Rechtsfixiertheit der Polizei; diejenigen, die so denken, orientieren sich weiter nach einem Bild der obrigkeitlichen Polizei und sind zudem noch »beleidigt, daß die Leute ihnen nicht freudig gehorchen, obwohl sie doch immer im Recht sind«¹⁰.

Für die streitenden Parteien ist Rückgriff auf das Recht bei akuten Krisen häufig identisch mit dem Anfordern der Polizei. Für die Polizisten besteht der Zugriff auf das Recht darin, einen Tatbestand für das zu finden, was sie bei den Streitenden erleben.

Ein zentrales Problem bei der polizeilichen Regelung sozialer Konflikte scheint zu sein, daß die Polizisten zu wenig Möglichkeiten informeller, kommunikativer, integrativer oder sonst in irgendeiner Weise dem Recht ›vorgelagerter‹ Verfahrensweisen kennen und sich subjektiv zu stark eingebunden fühlen in ein starres Korsett von Strafverfolgungs-, Sach- oder anderen Zwängen, so daß sie oft schon relativ schnell zum rechtlichen Instrumentarium Zuflucht suchten. Polizei und Bevölkerung in den neuen Bundesländern stehen vor dem Problem, *gleichzeitig* zu lernen, Konflikte in kommunikativen Aushandlungsprozessen zu bearbeiten, statt in den bislang gewohnten Formen von Sieg und Niederlage.

»Das Problem der Transformation von Polizei ist nicht durch den Uniformwechsel gelöst, es beginnt erst dort«

Modernisierung der Polizei und Professionalisierung von polizeilicher Arbeit sowie deren dahinterliegenden Vorstellungen von Gesellschaft stellt sich nur im Spannungsbogen *gesellschaftlicher Modernisierung* her. Im beständigen Weiterentwickeln von polizeilichem Selbstverständnis haben sich die Problemlösungskompetenzen der Polizisten wie auch die der Polizeiorganisationen in den ABL über einen Zeitraum von fast vier Jahrzehnten sukzessive erhöht. Diese Problemlösungskompetenz wird von Teilen der bundesrepublikanischen Gesellschaft immer noch als defizitär empfunden. Im Vergleich zur Situation der Polizei in den NBL scheint der ›Vorsprung‹ jedoch so groß zu sein, daß einige Vertreter von ›westlichen‹ Polizeibehörden der Verführung erliegen, den Polizei- und Gesellschaftsstrukturen der NBL neben der logistischen, technischen und anderer formaler Hilfen auch ihre eigenen Vorstellungen von Konfliktregelung zukommen zu lassen, ohne die vielen speziellen Rahmenbedingungen der regionalen Polizeiarbeit zu kennen.



Ein Demokratisierungsschub der Polizei in den neuen Bundesländern ist in nächster Zeit nicht zu erwarten. Im Gegenteil: das Verhältnis zu autoritären Handlungsmustern wird sich nicht wesentlich ändern.



Die Umwandlung der Volkspolizei in eine Landespolizei westlichen Zuschnitts ist nur äußerlich ohne Probleme verlaufen. Unter der Oberfläche gab es immer Konflikte und die werden sich weiter verschärfen.

Diese durchaus nüchterne Einschätzung steht am Beginn von Modernisierungsbestrebungen der Polizeien in den NBL. Im Verhältnis zu ihnen sind die Landespolizeien der ABL ihrem von der Gesellschaft an sie herangetragenen Auftrag, nämlich dem Überwachen bestimmter Spielregeln beim Austragen sozialer Konflikte bestimmt näher gekommen (auch das kein Grund zur Euphorie, es ist dies ausschließlich ein relationaler Vorsprung).

Bisherige (»westliche«) Überlegungen über die Modernisierung und Demokratisierung von Polizei gingen implizit davon aus, daß die einzelnen Polizisten einer Verbesserung ihres Rufs durchaus positiv gegenüberstehen und daß ihr berufliches Selbstverständnis durch ein hohes Maß an »praktischer Vernunft« und gesellschaftlichem Konsens bestimmt sei. Die Polizisten in der Organisation waren in diesem Denken eigentlich schon »weiter« als »der Apparat«, und es kam in erster Linie darauf an, die Strukturen zu ändern, respektive die für sie verantwortlichen Spitzenfunktionäre von einer Öffnung der Polizei zu überzeugen. Polizeiliche Alltagsarbeit (und das Berufsverständnis von Polizisten!) war in dieser Sicht schon näher an den Interessen der Bevölkerung ausgerichtet als an deren administrativen Rahmenbedingungen (man denke etwa an Diskussionen um den Strafverfolgungszwang nach § 163 StPO, der von vielen Polizisten als »Fessel-Vorschrift« empfunden wird, weil er oftmals informelle Regelungsmöglichkeiten verhindert). Auch wenn diese Einschätzung etwas global und euphemistisch ausfällt, so markiert sie dennoch den Hauptunterschied zur Modernisierung in den NBL: Hier werden Modernisierungs- und Demokratisierungsforderungen von »oben« bzw. von »außen« (in der Regel »von Westen«) an die Organisation herangetragen, die von der Mehrheit der MitarbeiterInnen überhaupt nicht eingesehen werden können!

Nach meiner Einschätzung wird Modernisierung der Polizei in den NBL substantiell erst mit der nächsten Polizei-Generation einsetzen.

Immerhin haben von insgesamt 5519 Vollzugspolizisten in Mecklenburg-Vorpommern (Stand: 1.12.92) gerade 350 *keine* wie auch immer gearteten Wurzeln in der Volkspolizei, m.a.W.: seit 1990 wurden 350 Polizei-AnwärterInnen neu eingestellt, der restliche Personalbestand gründet auf ehemaligen MitarbeiterInnen der VP.¹¹

Wie lange es dauern wird, bis einige dieser 350 PolizistInnen frühestens in Führungspositionen gelangen, vermag jeder einzuschätzen, dem Beförderungskriterien im Öffentlichen Dienst einigermaßen vertraut sind (für BeamtInnen, die nicht als AbiturientInnen zur Polizei gehen, schätze ich die Zeit vom Beginn der

Grundausbildung bis zum Ablegen der III. Laufbahnprüfung (höherer Polizeidienst) auf mindestens 12-15 Jahre.

»Eher als Demokratisierung ist ein »autoritärer Schub« in der Polizei zu erwarten«

Vermutlich wird sich der späte Generationswechsel nicht nur als rein zeitliche Verspätung auswirken, dem lediglich eine gewisse Stagnation vorausgeht. Bis dahin (also etwa im Zeitraum der nächsten drei bis zehn Jahre) wird es m.E. zu einer signifikanten »Gegenmodernisierung« bzw. zu einem »autoritären Schub« in der Polizei der NBL kommen. Warum das?

Unmittelbar nach der Wende wurden zunächst die Spitzenfunktionäre in der Polizei (wie überall) auf ihre »Systemnähe« hin überprüft und den besonderen Selektionsmechanismen der Gauck-Behörde unterworfen; die meisten Amtsinhaber wurden aufgrund solcher Überprüfungen aus ihren Positionen entfernt oder gaben sie von sich aus frei.

Diese Spitzenpositionen haben mittlerweile fast ausschließlich Beamte aus den ABL übernommen, entweder im Rahmen einer zeitlich befristeten Abordnung oder durch Versetzung in die NBL. Die den Spitzenpositionen untergeordneten Stellen sind entweder vakant oder ebenfalls mit West-Beamten besetzt.

Gegenwärtig ist man dabei, den Nachwuchs der oberen Führungsebene (Polizei- bzw. Kriminalrat) wieder aus den »eigenen Reihen« zu rekrutieren. Dies geschieht mit einem Personal, das auch unter DDR-Bedingungen die Qualifikation für den gehobenen Offiziersrang hatte, »weniger stark belastet« ist und durch einige »Schulungen« oder »Anpassungslehrgänge« an der Polizei-Führungs-Akademie bzw. in den jeweiligen Bundesländern auf den neuesten Stand der Organisations- und Personalführung gebracht wird. Parallel dazu laufen die Abordnungszeiten vieler »West-Beamter« langsam aus; die »Heimat«-Dienststellen drängen auf Rückkehr oder Versetzung der Beamten. Die Beamten, die sich in die NBL versetzen ließen oder lassen, haben i.d.R. nicht sehr viel länger als zehn Jahre aktive Berufszeit vor sich. Ihnen werden bald Stellvertreter bzw. unmittelbar Nachgeordnete in den Führungspositionen aus den NBL unterstellt werden, die jetzt gerade in »Crash-Kursen« vierzig Jahre westdeutsche Polizei-Tradition nachholen.

Betrachtet man aber einige Kriterien der Elitenauswahl für die Volkspolizei der DDR (u.a. eindeutiger Klassenstandpunkt, »saubere« Kaderakte, Mitgliedschaft in der SED bei gleichzeitigem obligatorischen Austritt aus der Kirche, hohe Systemanpassungsfähigkeit) und stellt sie der Eliten-Rekrutierung der ABL gegenüber, dann wird sich nur mit Mühe (bzw. großem Optimismus) vorstellen lassen können – weil nur

die Anpassungsfähigkeit gemeinsames Attribut zu sein scheint –, daß sich die künftigen Polizeiführer-Ost in knapp zwei Jahren innerlich derart gewandelt haben, daß sie ihre früheren Einstellungen, Haltungen und Führungsgrundsätze oder ihr Menschenbild vollständig erneuert haben. In absehbarer Zeit werden diese Beamten in höheren Führungspositionen sein, einige sind es schon.

Insgesamt wird der heute noch dominierende »West-Einfluß« abnehmen. An Stelle der »West-Importe« treten wieder »einheimische« leitende Polizisten: man ist wieder »unter sich« und wird sich nicht mehr wie bisher dauernder Supervisionen der »Wessis« zu unterziehen haben. Damit können sich »gewohnte« frühere Handlungsmuster neu etablieren. Für das Binnen-, aber auch das Außenklima der Polizei bedeutet das m.E. die Wiederbelebung autoritativer Strukturen und Umgangsformen.

Alles in allem erwarte ich in der nächsten Zeit keinen Demokratisierungsschub in der Polizei der NBL, im Gegenteil: ich fürchte, die Polizisten haben ihr Verhältnis zu autoritären Handlungsmustern nicht wesentlich geändert.

Sie werden sich weiter »wenden« – allerdings verstärkt von den Altbundesländern ab. Ich hoffe, mich irgendwann einmal widerrufen zu können.

DIPL.-SOZ. RAFAEL BEHR

arbeitet als Dozent für Sozialwissenschaften am Fachbereich Polizei der FHÖV Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow

Anmerkungen:

- 1 Ein Polizei-Student über Vorzüge, Nachteile und das Schicksal des Gesellschaftssystems der DDR in einem Seminar des Verfassers.
- 2 Zitationen und Darstellungen des gesamten Bialas-Abschnitts aus: Bialas, W.: Abschied von der DDR, in: psychosozial I/1991: 76)
- 3 Misselwitz, I.: Zur Identität der DDR-Bürger, in: psychosozial I/1991: 31)
- 4 Misselwitz (1991: 31)
- 5 Misselwitz (1991: 31)
- 6 Misselwitz (1991: 32)
- 7 Volmberg, Ute: Zwischen den Fronten: Bereitschaftspolizisten in der Krise, HSFK-Report 2/86, Frankfurt/M. 1986
- 8 Volmberg (1986: 23)
- 9 Anonymus: Der Versuch einer kritischen Darstellung und Bewertung des Verhaltens der Volkspolizei im Herbst 1989 in: Deutsche Polizei 10/1990: 258
- 10 Steinert, Heinz: Der Polizist & die Polizei, in: Neue Kriminalpolitik 1/1991: 26
- 11 Tel. Auskunft des Innenministeriums bzw. des Landespolizeiamtes M.-V. vom 21.12.1992